Partei	Gründung & Mitgliederstruktur & Jugendfraktion	Welche Themen liegen Euch am meisten am Herzen?	Deutschland in der Zukunft: was für ein Land werden wir sein, welche Potenziale und Rollen sind die wichtigsten?
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Als Partei wurden „Die Grünen“ 1980 in Karlsruhe gegründet. Die Vereinigung mit der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung „Bündnis 90“ fand 1993 statt. Derzeit haben wir so viele Mitglieder wie noch nie: über 62.000 Grüne gibt es. Unsere Jugendorganisation ist die Grüne Jugend mit 7.011 Mitgliedern. Grüne Jugend-Mitglied kann jede und jeder unter 28 Jahren werden.	Wir sind die Umweltpartei in Deutschland. Es ist höchste Zeit für Klimaschutz, damit unsere Natur nicht dauerhaft Schaden nimmt. Dafür macht sich unsere Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt stark. Die große Aufgabe der Integration packen wir jetzt an. Wir haben die richtigen Ideen und mit unserem Spitzenkandidaten Cem Özdemir jemanden, der das kann. Armut und Ungleichheit wollen wir verringern, denn Deutschland ist ein reiches Land. Wir treten für mehr soziale Gerechtigkeit ein und wollen Kinder- und Altersarmut bekämpfen. Unsere Demokratie und Werte, wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit verteidigen wir - weltweit, in Europa und bei uns. Dafür stellen wir uns Nationalisten, Rassisten und Populisten entschieden entgegen.	Jetzt muss sich vieles ändern, damit wir auch morgen gut leben können. Uns ist es wichtig, dass künftige Generationen eine lebenswerte Welt vorfinden, in der sie selber entscheiden können, wie sie leben wollen. Das heißt: wir wollen sauberes Wasser, gesunde Böden und frische Luft. Wir wollen ein tolerantes Land, in dem alle frei und sicher leben können. Und wir wollen den Wohlstand gerecht verteilen, sodass niemand in Armut leben muss. Das alles schaffen wir nur, wenn Deutschland weiter für ein vereinigtes Europa eintritt.
CDU	Die CDU wurde 1945 gegründet und bildet gemeinsam mit der CSU im Deutschen Bundestag eine Fraktion. Als Volkspartei bilden wir mit unseren Mitgliedern die Vielfalt der Bevölkerung ab. Die CDU hat rund 432 000 Mitglieder. Die Junge Union Deutschlands (JU) vertritt die Jüngeren innerhalb der CDU und CSU. Sie ist mit rund 120 000 Mitgliedern der größte politische Jugendverband in Deutschland. Die Schüler Union vertritt die Interessen der Schülerinnen und Schüler.	Wir wollen gute Bildung für alle, damit Ihr alle Chancen habt, Euch etwas aufzubauen und das Beste aus Eurem Leben zu machen – unabhängig von Eurer Herkunft. Wir brauchen auch in Zukunft gute und innovative Ideen, damit es weiter sichere Arbeitsplätze gibt. Familien wollen wir stärken, indem wir sie zum Beispiel steuerlich entlasten. Wir wollen Eure Handlungsspielräume und Chancen und die zukünftiger Generationen erweitern, indem wir weiterhin keine neuen Schulden aufnehmen und Altschulden tilgen. Wir wollen auch künftig frei und sicher leben. Dafür stärken wir unsere Sicherheitskräfte im Kampf gegen Kriminalität, Terror und Cyberangriffe.	Auch in Zukunft soll Deutschland ein Land sein, in dem wir frei, sicher und gut leben können. Das Land, in dem innovative Ideen und Arbeitsplätze mit Zukunft entstehen und das Euch die besten Aufstiegschancen bietet. Wir wollen ein Deutschland, in dem Familien gerne leben und die Menschen länger in guter Gesundheit leben. Wir arbeiten für ein Deutschland, dass Verantwortung in Europa und der Welt übernimmt.
CSU	Die CSU wurde am 12.09.1945 als bürgerlich-christliche Partei für Bayern gegründet. Nach dem Sieg bei den ersten Landtagswahlen 1946 mit 52,3% gründete sich im Januar 1947 die Junge Union Bayern (JU) als Nachwuchsorganisation der CSU. Die CSU hat rund 145.000 Mitglieder. Die JU hat aktuell ca. 25.000 Mitglieder und ist die größte politische Jugendbewegung Bayerns. JU-Mitglied kann jeder zwischen 14 und 35 Jahren werden.	Als Volkspartei widmen wir uns allen Themen, die die Gesellschaft bewegen. Einen besonderen Fokus legen wir auf die Innere Sicherheit, den Zusammenhalt in Europa, eine geordnete Zuwanderung, gute Bildung, eine stabilitätsorientierte Außenpolitik, die Förderung junger Familien, die Entlastung der Steuerzahler, gleiche Lebensverhältnisse in Stadt und Land sowie auf ein gutes Gesundheitssystem.	Deutschland geht es so gut wie nie. Wir haben die geringste Arbeitslosenquote seit 25 Jahren. Diesen Wohlstand wollen wir für künftige Generationen sichern. Dabei wird besonders die Digitalisierung eine große Rolle spielen. Wir wollen Bayern und seine Menschen zu Gewinnern der Digitalisierung machen. Dazu hat die Bayerische Staatsregierung kürzlich einen 10-Punkte-Masterplan für Bayerns digitale Zukunft beschlossen.
DIE LINKE.	Wir, demokratische Linke mit unterschiedlichen politischen Biografien, weltanschaulichen und religiösen Einflüssen, Frauen und Männer, Alte und Junge, Alteingesessene und Eingewanderte, haben uns 2007 in einer neuen linken Partei zusammengeschlossen. Am 20. Mai 2007 gründete sich die linksjugend ['solid]. Der am 5. Mai 2007 gegründete Studierendenverband Die Linke. SDS wurde Teil der linksjugend ['solid]. Der Verband zählt inzwischen mit über 10.000 Mitglieder zu den größten politischen Jugendverbänden in Deutschland.	Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit. Wir wollen kleine Einkommen entlasten, mehr Geld für Bildung und Schulen frei machen, bezahlbare Mieten garantieren, das Gesundheitswesen kostengünstiger machen und existenzsichernde Renten garantieren. Der Mindestlohn ist auf 12 Euro anzuheben. Waffenexporte verbieten wir. Und erneuerbare Energien müssen gefördert werden.	Wir wollen ein Land, in dem alle ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft haben. In dem das Leben für die Menschen wieder planbar ist. Wir wollen, dass alle Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor sozialem Absturz haben. Wir wollen ein Land, in dem Reichtum das ist, was allen gehört: öffentliche Bildung, Gesundheit, Kultur. In dem Wohnen für alle bezahlbar ist. In dem Natur und Klima geschützt werden. Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt und friedlich zusammenleben, unabhängig von ihren Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, Alters oder ihrer sexuellen Orientierung.
Freie Demokraten FDP	Im Jahre 1948 gegründet, setzen Wir Freie Demokraten uns für den Liberalismus und die damit verbundene Freiheit des Einzelnen ein. Wir wollen, dass jeder Mensch seine Träume verwirklichen kann und der Staat ihm dabei keine Steine in den Weg legt. Unser Motto lautet: „German Mut“ statt „German Angst“. Wir sind unterteilt in Orts-oder Stadt-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände. Die Jungen Liberalen vertreten als unsere hochgeschätzte Jugendgruppe die Interessen jüngerer Generationen.	Wir wollen verstärkt Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur fördern. Denn diese Themen sind enorm wichtig für unsere Zukunft. Bildung ermöglicht es den Menschen unabhängig von ihrer Herkunft im Leben voranzukommen. Die Welt ist digital und wir sollten uns dem nicht versperren, sondern vielmehr die darin liegenden großartigen Chancen nutzen. Wir fordern bessere Verkehrswege, damit wir nicht weiter wegen maroden Straßen im Stau stehen und wertvolle Lebenszeit verlieren.	Wir Freie Demokraten wollen mit Mut, frischen Ideen und Entschlossenheit für das Deutschland sorgen, das in uns steckt: Wir werden ein Land mit weltbester Bildung, hoher Digitalisierung und ausgezeichneter Infrastruktur sein. Durch Forschung und neue Technologien werden große Fortschritte möglich. Die Wirtschaft, entfesselt von Bürokratie und staatlicher Einmischung, wird eine der stärksten der Welt bleiben.
PIRATEN	Gründung 2006, aktuell ca. 12.000 Mitglieder (von denen wir das Geschlecht nicht erfassen) von 14 bis ins hohe Rentenalter. Unsere Jugendorganisation sind die „Jungen Piraten“, kurz „JuPis“	Wir sind die Partei der Zukunft und der persönlichen Freiheit. Dazu gehören - die Nachhaltigkeit als Staatsziel zu verankern, - der Schutz und das alleinige Verfügungsrecht über die persönlichen Daten, - die Einführung eines sog. Bedingungslosen Grundeinkommens, - die Sicherstellung eines würdevollen Lebens im Alter, - die Transparenz in der politischen Entscheidungsfindung	Bildung ist ein Rohstoff, der unendlich nachwächst. Und in einer immer komplexer werdenden Welt ist der einzige, der ermöglicht, in und mit ihr zurecht zu kommen. Deshalb muss ein lebenslanges Lernen unabhängig vom eigenen oder Geldbeutel der Eltern möglich sein.
SPD	Über 60.000 SPD-Mitglieder sind jünger als 35 Jahre, mehr als die FDP Mitglieder hat. Die SPD-Jugendorganisation „Jusos“ hat über 70.000 Mitglieder. Die SPD erlebt eine Eintrittswelle. Mehr als 17.000 neue Mitglieder hat die SPD bereits bis zum 1. Mai 2017 willkommen geheißen. Jedes zweite Neumitglied ist unter 35 Jahre alt. Die SPD wurde vor 154 Jahren gegründet. Heute ist die SPD die mitgliederstärkste Partei in Deutschland mit exakt 442.249 Mitgliedern am 1. Juni 2017.	Uns geht es um Gerechtigkeit, um Respekt und um Würde. Wer in diesem Land hart arbeitet – sei es als Selbstständiger oder als Arbeitnehmer –, wer sich engagiert, wer für die Eltern oder für die Kinder da ist, wer sich an die Regeln hält, der hat unseren Respekt verdient. Für die SPD steht jeder einzelne Mensch, jede Frau, jeder Mann, jedes Kind, im Mittelpunkt unseres Denkens und im Mittelpunkt unseres Handelns.	Unser Land ist in der Zukunft ein starkes Land, die Menschen sind stolz auf ihre Arbeit und auf das, was sie leisten. Es ist ein Land, in dem wir uns füreinander einsetzen und zusammenhalten, egal ob Jung oder Alt, in der Stadt oder auf dem Land, Starke oder Schwache, Männer oder Frauen. Wir wollen, dass Deutschland ein offenes und demokratisches Land bleibt, in dem es gerechter zugeht. Wir wollen ein starkes und vereintes Europa und damit einen Beitrag für eine friedlichere und sichere Welt.

Partei	Außenpolitische Prioritäten & Zukunftsvision der EU	Wie sieht gute Bildung aus und wie wollt Ihr sie erreichen?	Was macht Ihr für die Jugend außerhalb von Schule?
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Die Herausforderungen unserer Zeit sind global und zu groß, um in Kleinstaaterei zu verharren. Internationale Zusammenarbeit und ein vereintes Europa sind wichtiger denn je für Frieden und Wohlstand. Wir wollen keine Waffen an Diktatoren verkaufen und stellen uns massiven Aufrüstungsplänen entgegen. Europa prägt unser Leben. Wir lernen, studieren, leben, lieben in Paris, Warschau oder Athen. Gegenseitiger Respekt der EU-Länder und die Zusammenarbeit sind u.a. wichtig, um Jugendarbeitslosigkeit zu senken.	Jedes Kind muss die gleichen Chancen haben, egal wo es wohnt und wer seine Eltern sind. Gute Bildung fängt in der Kita an, wo Erzieher*innen arbeiten, die Zeit für die Kinder haben und anständig bezahlt werden. Es folgt eine Schule, die ermutigt und ertüchtigt, indem Lernen ohne Angst möglich ist. All das ist teuer. Deshalb wollen wir mehr Geld für Bildung ausgeben. Außerdem wollen wir ein Programm für gute Ganztagsschulen auflegen, damit individuelle Förderung möglich ist.	Wir wollen, dass Jugendliche mitbestimmen können, wie ihre Welt aussieht. Egal ob Schule, Jugendclub oder Wohnviertel: Jugendliche wissen selber am besten, was sie brauchen und haben ein Recht mitzureden. Das Wahlalter wollen wir deshalb auf 16 Jahre absenken, damit Jugendliche in der Politik mehr Gehör finden. Außerdem haben wir uns im Bundestag für mehr Geld für die Jugendarbeit eingesetzt. Denn wir wollen, dass gute Ideen in der Jugendpolitik auch wirklich umgesetzt werden.
CDU	Für unsere Zukunft ist ein starkes Europa zentral. Wir wollen eine erfolgreiche EU, in der wir weiterhin frei reisen und überall studieren, arbeiten und leben können. Wir arbeiten dafür, dass die EU weiter zusammenwächst. In der Außenpolitik setzen wir uns dafür ein, gemeinsam Terrorismus zu bekämpfen und die Lebenschancen der Menschen vor Ort zu verbessern. Deshalb werden wir zum Beispiel Afrika bei der wirtschaftlichen Entwicklung stärker unterstützen und das Weltklimaabkommen zügig umsetzen.	Jeder soll unabhängig von seiner Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern die gleichen Chancen auf eine gute Bildung haben. Bildung beginnt für uns in der Kita und geht weit über Schule, Ausbildung und Hochschule hinaus. Wichtig ist uns, dass jeder so gefordert und gefördert wird, wie es seinen Begabungen und Talenten entspricht. Bei der digitalen Bildung wollen wir einen Sprung nach vorne machen, indem wir die Breitbandanbindung und WLAN an Schulen fördern, aber auch Lehrer weiterbilden.	Ob in Sportvereinen, Parteien oder anderen Organisationen – Euer Engagement zählt. Deshalb fördern wir die Weiterbildung und Qualifizierung von ehrenamtlich Engagierten und stärken die Anerkennung des Ehrenamts. Deshalb ist uns wichtig, dass Ihr auch innerhalb der Schule Raum für Engagement findet, z. B. im Rahmen der Nachmittagsangebote. Wir freuen uns, dass sich so viele junge Menschen für ein freiwilliges soziales Jahr und andere Freiwilligendienste entscheiden und wollen sie weiter stärken.
CSU	Wir setzen in einer immer unruhigeren Welt auf eine stabilitätsorientierte Außenpolitik. Wir wollen verstärkt in die Fluchtursachenbekämpfung investieren und so Menschen in Afrika Perspektiven bieten. Die EU muss als größtes Friedensprojekt aller Zeiten erhalten, aber weiterentwickelt werden. Wir wollen ein besseres Europa, in dem wir nicht für die Schulden anderer bezahlen. Beim Grenzschutz und in der Asylpolitik muss Europa enger zusammenarbeiten.	Schule muss junge Menschen zum selbstständigen Lernen befähigen. Das umfasst die Persönlichkeitsbildung ebenso wie die Vorbereitung auf die Arbeitswelt. Es geht uns um die ganzheitliche Bildung von Herz und Charakter und die Vermittlung unserer gesellschaftlichen und demokratischen Werte. Investitionen in die Bildung sind Investitionen in unsere Zukunft.	Wir unterstützen viele Formen der Jugendarbeit durch zahlreiche Fördermaßnahmen. Außerschulische Jugendarbeit begleitet junge Menschen beim Aufwachsen. Sie bietet ein geeignetes Umfeld für soziales Lernen und Verantwortungsübernahme. Dadurch können den Jugendlichen politische, soziale, ökologische, kulturelle, religiöse und sportliche Themen näher gebracht werden.
DIE LINKE.	Wir wollen Waffenexporte stoppen und die Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden, die Rüstungsausgaben um 20 Prozent senken. Wir brauchen europaweite Investitionsprogramme gegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise. Die EU muss demokratisch werden. Das Sterben im Mittelmeer muss durch legale Fluchtwege nach Europa beendet werden.	Unser Ziel ist, dass alle die gleichen Chancen auf und den gleichen Zugang zu Bildung haben, ein Leben lang. Wir kämpfen für mehr Personal in Bildung und Erziehung. Wir wollen marode Schulen sanieren, ausbauen und dem Bedarf anpassen. Wir wollen gemeinsames, solidarisches Lernen statt Konkurrenz und Notendruck. Wir wollen Lehr- und Lernmittelfreiheit, aber auch die kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern zur Schule. Wir fordern daher eine sofortige Aufstockung der öffentlichen Ausgaben für Bildung um jährlich mindestens 40 Milliarden Euro.	Wir wollen Jugendfreizeiteinrichtungen stärken. Der öffentliche Nahverkehr, der Eintritt in Museen, Theater und Konzerte sollte für Kinder und Jugendliche kostenlos sein. Wir wollen ein offenes und erschwingliches Angebot an Musikschulen und Sportmöglichkeiten. Die verschiedenen Jugendkulturen sollen anerkannt und gefördert werden. Dazu gehört z.B. Graffiti, Street-Art und Freiluftfestivals. Wir wollen mehr internationalen Jugendaustausch fördern und mehr Gedenkstättenfahrten. Und wir wollen den Bundesfreiwilligendienst stärken, auch den Freiwilligendienst im Ausland. Die Aufwandsentschädigung dafür soll erhöht werden.
Freie Demokraten FDP	Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Freundschaft mit den USA und zur NATO. Wir fordern eine klare Haltung gegenüber Russland und der Türkei mit Blick auf Menschenrechtsverletzungen und einen Stopp von Waffenlieferungen in Krisengebiete. Zudem wollen wir den grenzüberschreitenden Handel als Motor für Wohlstand fördern. Wir sind überzeugte Europäer. Wir wollen Reformen in der EU um die Effizienz und Transparenz zu erhöhen. Der europäische Einigungsprozess muss fortgesetzt werden.	Wir wollen jedem Menschen ein Leben lang weltbeste Bildung ermöglichen – von der Kita, über Schule, Ausbildung, Studium bis zur Weiterbildung im Beruf. Dabei setzen wir auf modernste digitale Technik, individuelleres Lernen, neue Lehrmethoden und aktuellere Lehrmittel. Zudem wollen wir den Bildungsföderalismus reformieren, damit der Bund mehr in Schulen investieren kann und einheitliche Bildungsstandards in Deutschland möglich sind. Und wir fordern eine Unterrichtsgarantie in den Schulen.	Es ist uns sehr wichtig, Kinderarmut zu bekämpfen und Familien zu fördern und damit für gleiche Startchancen im Leben zu sorgen. Leistungen für Familien haben zu viele komplizierte Bedingungen und Berechtigungen. Deshalb wollen wir diese zu einem „Kindergeld 2.0“ zusammenfassen und sicherstellen, dass kindesbezogene Leistungen bei den Kindern und Jugendlichen ankommen. Für alle soll auch die Mitgliedschaft im Sportverein oder das Erlernen eines Instruments in einer Musikschule möglich sein.
PIRATEN	- Keine Waffenlieferungen ins Ausland, keine militärischen Auslandseinsätze - Die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung (Verfassungskonvent) für die EU - EU-Entscheidungen sollen stärker im Parlament statt in der Kommission fallen - Um die wirtschaftlich angeschlagenen Eurostaaten auf die Beine zu bringen, fordern wir einen „Marshall-Plan für Europa“ – ein Aufbau- und Investitionsprogramm - Die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik muss auf der Achtung der Menschenrechte beruhen und die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der UN-Kinderrechtskonvention respektieren	Die zentralen Herausforderungen der Digitalisierung für die Bildung liegen darin, dass von den bisherigen Inhalten der schulischen Bildung nichts an Bedeutung verliert, aber Neues hinzukommt und schulische Inhalte und Formate stärker bzw. anders gewichtet werden müssen. Zur Unterstützung der Fähigkeit zur selbstbestimmten Mitwirkung an der „digitalisierten Welt“ sind in der Schulbildung die folgenden Kenntnisse und Fähigkeiten angemessen zu berücksichtigen.	Für die Jugend, aber auch für alle anderen, ist das schnelle Internet immer wichtiger. Den Breitbandausbau wollen wir massiv ausgebaut sehen, Flatrates sollen ihren Namen tatsächlich verdienen und freies WLAN muss überall verfügbar sein.
SPD	Wir wollen einen mutigen Aufbruch für ein selbstbewusstes Europa. Ein Europa, das die Menschen und ihre Alltagssorgen in den Blick nimmt. Das in Ausbildung, Arbeit, wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz investiert und in dem große Konzerne faire Steuern zahlen. Ein Europa, das den Nationalismus überwindet, solidarisch handelt und den Menschen Sicherheit gibt. Und ein Europa, das international für Frieden, Freiheit und Abrüstung eintritt – auch gegenüber den USA unter Präsident Trump.	Alle müssen gleiche Chancen haben. Was man schaffen kann, darf nicht davon abhängen wo man herkommt oder wie reich oder arm die Eltern sind. Bildung darf nichts kosten, deshalb schaffen wir die Gebühren ab. Wir sorgen dafür, dass unsere Schulen auf dem neuesten Stand sind und geben dafür mehr Geld aus. Für bessere und schönere Räume, modernste Technik und guten Unterricht. Bisher darf der Bund den Ländern dabei nicht helfen. Dieses Kooperationsverbot wollen wir abschaffen, denn es ist unsinnig.	Die Jugendarbeit wollen wir erhalten und ausbauen. Die finanzielle Förderung der Jugendverbände wollen wir weiter erhöhen und die Platzzahlen in den Jugendfreiwilligendiensten anheben. Ausbauen wollen wir auch den internationalen Jugendaustausch sowie Erasmus+ als das zentrale Bildungsprogramm der EU. Wer sich den Austausch nicht leisten kann, den unterstützen wir.

Partei	Wenn wir später mal arbeiten gehen, was wird dank Euch anders sein als heute?	Was bedeutet für Euch Gleichberechtigung und wie soll sie gefördert werden?	Was bedeutet für Euch Chancengleichheit und wie soll sie gefördert werden?
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Wir wollen, dass in Zukunft alle Menschen in diesem Land Arbeit finden können, die ihnen Spaß macht und fair bezahlt wird. Dabei ist uns ganz wichtig, dass Frauen endlich gleich bezahlt werden wie Männer. Außerdem ist es uns wichtig, dass Arbeit und Familie besser vereinbar sind. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass Beschäftigte stärker über Länge sowie Anfang und Ende ihrer Arbeitszeit mitentscheiden können. Wo Home Office machbar ist, soll das erlaubt sein.	Gleichberechtigung bedeutet die gleichen Möglichkeiten für alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft, ihrem Glauben und ihren Fähigkeiten. Frauen sind häufig von Gewalt und Sexismus betroffen. Frauen verdienen immer noch weniger als Männer. Und Frauen wird viel zu häufig vorgeschrieben, wie sie zu leben haben. Das wollen wir ändern! Deswegen setzen wir uns für faire Arbeitsplätze, gerechte Löhne, Frauenquoten, Schutz vor Gewalt und gegen Sexismus ein.	Chancengleichheit bedeutet, dass die Zukunft nicht davon abhängt, wo man herkommt, wie viel Geld die Eltern haben oder welches Geschlecht man hat. Die eigenen Fähigkeiten und Ideen müssen den Weg bestimmen. Das ist uns wichtig. Dafür sind gute Kitas, Schulen und Hochschulen entscheidend. Wir wollen deshalb, dass der Bund für gute Bildung mehr Geld ausgeben kann. Mit einem Ganztagsschulprogramm kann zudem jedes Kind individuell gefördert werden und aus sich herausholen, was in ihr oder ihm steckt.
CDU	In einer sich wandelnden Arbeitswelt wollen wir auch in Zukunft für sichere Arbeitsplätze in Deutschland sorgen. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen. Durch Home-Office und mobiles Arbeiten lassen sich zum Beispiel Privatleben, Familie und Beruf besser vereinbaren. Gleichzeitig darf das nicht dazu führen, dass Menschen ständig erreichbar sein müssen. Vielleicht werden noch mehr Menschen ein Startup gründen. Dafür werden wir die Voraussetzungen verbessern.	Für uns gilt: Alle Menschen sollen unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religion, Hautfarbe und sexueller Orientierung die gleichen Chancen haben. Für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist uns wichtig, dass Frauen bei gleicher Arbeit genauso viel verdienen wie Männer und öfter in Führungspositionen sind. Deshalb hat die CDU viele Gesetze zur Gleichberechtigung mit auf den Weg gebracht und arbeitet dafür, dass Familie und Beruf besser miteinander vereinbart werden können.	Jedes Kind soll gute Bildungschancen haben. Dazu gehört, dass Kinder so gefördert werden, wie es ihren Stärken entspricht und nicht alle über einen Kamm geschoren werden. Dazu gehört, dass eine Berufsausbildung genauso so viel wert ist wie ein Studium. In der Berufsausbildung darf ein Aufstieg zum Meister oder ein Studium nicht am Geldbeutel scheitern. Deshalb fördern wir mit dem Aufstiegs-BAföG angehende Meister mit mehr Geld. Zudem haben wir das BAföG für Studierende erhöht.
CSU	Die Digitalisierung bietet uns Möglichkeiten, Arbeit in Zukunft noch flexibler zu gestalten. Dadurch können Arbeitszeiten und Arbeitsorte viel flexibler gestaltet werden als heute. Arbeitnehmer sollen in Absprache mit den Betrieben ihre Arbeit selbst freier gestalten können als bisher. Dies fördert verstärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.	Die Gleichberechtigung von Mann und Frau sind wichtiges gesellschaftliches und politisches Ziel. Gleichberechtigung muss für alle unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Religion gelten. Religiös motivierte Benachteiligungen von Frauen und Mädchen akzeptieren wir in unserem Land nicht. Künftig wollen wir uns noch stärker für die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen.	Wir treten für gleiche Bildungschancen für alle Kinder ein, damit sie ihre Begabungen bestmöglich entfalten und an unserer Gesellschaft teilhaben können. Individuelle Förderung, flexible Lernzeiten und bedarfsgerechte Ganztagsangebote sind der Schlüssel dazu. Dies hilft auch bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Beeinträchtigungen. Wir wollen Inklusion in allen Lebensbereichen verwirklichen.
DIE LINKE.	Den gesetzlichen Mindestlohn wollen wir zügig auf 12 Euro erhöhen. Befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit und Minijobs werden wir beenden. Arbeitslosigkeit darf nicht zum sozialen Absturz führen. Wir wollen die Gesetze der Agenda 2010 überwinden und Hartz IV abschaffen.	Gleichstellungspolitik ist für DIE LINKE. vor allem eine Frage der Herstellung von Gerechtigkeit. Wir fordern deshalb eine Mindestquotierung aller politischen Mandate und öffentlichen Ämter von 50 Prozent sowie ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Und es muss nicht nur „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelten, sondern gerade die so typischen Frauenberufe (z.B. Verkäuferin, Friseurin, Krankenschwester oder Erzieherinnen) müssen besser bezahlt werden. Und Kindererziehungszeiten oder Zeiten der Pflege müssen bei der Rente mehr berücksichtigt werden.	Fehlende Kitaplätze, eine hohe Schulabbrecherquote, fehlende Ausbildungsplätze, Unsicherheiten bei der Finanzierung des Studiums, fehlende und schlecht bezahlte Lehrer, kaputte Schulen – all das hat nichts mit Chancengleichheit in der Bildung zu tun. Deshalb wollen wir das Kindergeld sofort auf 328,- € erhöhen; gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni; Freie Fahrt in Bus und Bahn für alle Kinder; kostenfreies, warmes, gesundes Essen in allen Kitas und Schulen.
Freie Demokraten FDP	Wir setzen uns für eine moderne Arbeitswelt ein, in der Menschen viel mehr selbst entscheiden können, wann und wo sie arbeiten. So sind Familie und Job auch leichter vereinbar. Wir wollen ein Umdenken weg von der Stechuhr hin zum projekt- und ergebnisorientierten Arbeiten. Außerdem wollen wir Langzeitkonten fördern, sodass man in einer arbeitsintensiven Phase Überstunden, Resturlaub und Sonderzahlungen ansparen und sich dafür mal eine längere bezahlte Auszeit vom Job nehmen kann.	Liberale fühlen sich dem Gebot der Chancengerechtigkeit aller Menschen verpflichtet - unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung, Religion oder Weltanschauung. Es entspricht unserem Freiheitsverständnis, Toleranz zu fördern und bei der tatsächlichen Gleichberechtigung den Weg von Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Wettbewerb zu gehen. Aus diesem Grund sprechen wir uns zum Beispiel gegen bestimmte Quotenregelungen in der Arbeitswelt aus.	Das Ziel liberaler Chancenpolitik ist die Bildung und Befähigung mündiger Menschen zu selbstbestimmtem Leben, die gesellschaftliche Teilhabe aller und die Toleranz gegenüber anderen. Wir bekennen uns zu einem Schul- und Bildungssystem, das gleiche Zugangschancen eröffnet, Diskriminierung verhindert und Neutralität wahrt. Das Elternhaus oder die Lebenssituation darf nicht ausschlaggebend sein, sondern Engagement und Leistung sollen über das persönliche Vorankommen entscheiden.
PIRATEN	Mit der Einführung eines so genannten Bedingungslosen Grundeinkommens wird jeder von Euch eine ganz neue Verhandlungsperspektive um Arbeits- und Einkommensbedingungen haben. Denn wenn man nicht mehr jeden Job annehmen muss, um über die Runden zu kommen, sondern sich aussuchen kann, was man zu welchem Lohn oder Gehalt machen möchte, ist man in einer viel besseren Position.	Gleichberechtigung heißt nichts anderes, als dass die Kriterien des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG) wirklich angewandt und möglichst noch erweitert werden. So sollte der Zusatz, dass auch die sexuelle Identität nicht zu Benachteiligung führen darf, nicht fehlen. Und natürlich muss es in allen Bereichen des Lebens gelten. Verstößt jemand dagegen, müssen die Sanktionen dafür spürbar sein.	Wir wollen kostenfreie Bildung für alle von der Wiege bis zur Bahre. Das bietet die besten Chancen auf einen gleichen Start aller ins Berufsleben.
SPD	Wer eine Ausbildung machen möchte, soll auch einen Platz bekommen. Eine ordentliche Ausbildungsvergütung gehört dazu, aber Geld muss keiner mitbringen. Heute werden viele Arbeitsplätze nur befristet angeboten, ohne dass es dafür einen sachlichen Grund gibt. Das schaffen wir ab. Gewerkschaften sorgen für gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Was die Gewerkschaften erreicht haben, soll dann möglichst für alle gelten, auch für Dich.	Die Gleichberechtigung der Geschlechter gehört zum Fundament der SPD. Das bedeutet gleiche Chancen und gleiche Rechte unabhängig vom Geschlecht. Wir wollen niemandem vorschreiben, wie er oder sie zu leben hat. Frauen und Männer, die beruflich pflegen oder erziehen, sollen besser bezahlt werden. Häuslicher und sexualisierter Gewalt treten wir entgegen wie Sexismus, zum Beispiel in den Medien. Wir wollen mehr Frauen an der Spitze, in Wirtschaft oder Politik. Dafür brauchen wir verbindliche Quoten.	Chancengleichheit heißt, dass jeder Mensch, unabhängig von Geldbeutel, Schulabschluss, Alter, Geschlecht, Behinderungen oder Herkunft das Recht auf Selbstbestimmung, Arbeit und einen Platz in der Gesellschaft hat. Das ist das Ziel der SPD. Es geht darum, es allen Menschen in jeder Generation zu ermöglichen, gut ausgebildet zu sein, ein Arbeitsleben lang gesund, leistungsfähig und in Arbeit zu sein, Familien zu gründen und sich eigene Rentenansprüche aufzubauen. Das gilt für jede Generation.

Partei	Deutschland wird immer älter. Wie stellt Ihr sicher, dass Entscheidungen nicht an jungen Menschen vorbei getroffen werden?	Welchen Handlungsbedarf seht Ihr in Bezug auf Einwanderung und Integration?	Welche umwelt- und tierschutzpolitischen Aspekte sind Euch besonders wichtig?
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Junge Menschen brauchen auch in einer alternden Gesellschaft eine laute Stimme. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass sie bei Zukunftsentscheidungen mehr mitsprechen und bereits ab 16 Jahren wählen dürfen. Mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir jungen Menschen schon in der Schule die Grundwerte der Demokratie erlernen und erleben lassen. Informationskampagnen sollen darüber hinaus die Kinder über ihre Rechte und Beschwerdemöglichkeiten vertraut machen.	Deutschland ist ein Einwanderungsland. Integration wird nur klappen, wenn alle an dieser Gesellschaft mitwirken können. Um diesen Prozess gut zu gestalten, wollen wir ein Einwanderungsgesetz beschließen. Wer in Deutschland neu ankommt muss vom ersten Tag an Sprach- und Integrationskurse besuchen können. So sollen die Integrationschancen verbessert werden. Und wir wollen den Zugang zu Schule, Bildung und Arbeitsmarkt erleichtern, damit die Integration leichter gelingt.	Neben dem Jahrhundertthema Klima, ist akut der Erhalt der Artenvielfalt und von sauberem Wasser besonders wichtig. Hauptursache für das Artensterben und Wasserverschmutzung ist die industrielle Massentierhaltung. Wir fordern schon lange eine artgerechte Haltung, die das Tierwohl in den Vordergrund stellt und keine Gifte mehr einsetzt. Dazu kommt die Plastikmüllflut in den Ozeanen. Hier wollen wir mit einem internationalen Abkommen dafür sorgen, dass nicht noch mehr Plastik in die Meere gelangt.
CDU	Wir setzen auf ein gutes Miteinander der Generationen, eine eigenständige Jugendpolitik und eine gute Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden. Eure Anliegen sind uns wichtig und müssen bei Gesetzen eine bedeutende Rolle spielen – gerade in Zeiten des demografischen Wandels. Eine starke Junge Union und viele junge Politiker der CDU auf unterschiedlichen Ebenen – vom Gemeinderat bis zum Europaparlament – sorgen mit dafür, dass die Interessen der jungen Menschen berücksichtigt werden.	Die geltenden Regelungen zur Einwanderung von Fachkräften sind gut. Wir wollen sie aber in einem Gesetz zusammenführen und auch im Ausland bekannter machen. Integration besteht für uns aus Fördern und Fordern. Die deutsche Sprache, unsere Werte und ein Arbeitsplatz sind entscheidend für gelingende Integration. Deshalb haben wir die Integrationskurse, die Sprache und Werte vermitteln, ausgebaut und arbeiten dafür, dass zum Beispiel Flüchtlinge möglichst schnell in Arbeit kommen.	Tier- und Umweltschutz sind uns sehr wichtig. Wir wollen Tierversuche soweit wie möglich reduzieren und fördern deshalb die Entwicklung von Alternativmethoden. Wir fördern den Bau besonders tierfreundlicher Ställe und werden ein staatliches Tierwohllabel einführen. In der Umweltpolitik liegt unser Schwerpunkt auf dem Klimaschutz und dem Schutz der Ressourcen durch Wiederverwertung und Recycling.
CSU	Wir haben immer alle Generationen im Blick. So wollen wir beispielsweise auskömmliche Renten für die ältere Generation, achten aber darauf, dass die Jungen nicht über Gebühr durch zu hohe Beiträge belastet werden. Wir wollen verstärkt vor allem junge Familien fördern und ihnen beste Startchancen bieten. Abgeordnete der JU sind an allen Entscheidungsfindungen in Bundes- und Landtag beteiligt und in allen wichtigen Gremien vertreten.	Integration braucht eine klare Richtung. Wer bei uns leben möchte, hat sich nach uns zu richten und nicht umgekehrt. Maßstab der Integration muss unsere Leitkultur sein. Damit Integration auch in Zukunft gelingt und die heimische Bevölkerung nicht überfordert wird, brauchen wir eine nachhaltige Begrenzung der Zuwanderung.	Die Vielfalt an Tier- u. Pflanzenarten sehen wir als Teil eines ökologischen Schatzes, den wir auch für kommende Generationen behüten wollen. Dabei setzen wir gezielt auf die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft statt auf Verbote. Verstöße gegen Umwelt- oder Tierschutzstandards müssen freilich dennoch konsequent geahndet werden.
DIE LINKE.	Wir fordern, dass bei allen Wahlen bereits ab 16 Jahren gewählt werden darf und Jugendliche auch selbst schon als Abgeordnete gewählt werden dürfen. Und es muss auch bundesweit Volksbefragungen und Volksentscheide geben. Junge Menschen müssen bei den sie unmittelbar betreffenden Fragen ein Mitspracherecht haben.	Im Gegensatz zu allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien haben wir jede Einschränkung des Asylrechts abgelehnt. Wir stellen uns klar gegen jede Diskriminierung von Geflüchteten und Einwanderern. Eine funktionierende Demokratie braucht gleiche politische und soziale Rechte für alle, die hier leben. Wir wollen endlich die Ursachen der Fluchtbewegungen bekämpfen: in dem wir Waffenexporte verbieten, friedliche Konfliktlösung unterstützen und eine gerechtere Weltwirtschaft schaffen. Wir wollen echte Integrationsangebote aus- und Bürokratie abbauen: Geflüchtete müssen frühzeitig Zugang zu Integrations- und Sprachkursen, zur Bildung, zur Gesundheitsversorgung und zu einem fairen Arbeitsmarkt erhalten.	Der Klimawandel muss gestoppt werden. Deshalb sind erneuerbare Energien, weniger Abgase, mehr umweltgerechter Nahverkehr und der Ausstieg aus der Kohleindustrie dringend nötig. Die Haltung bestimmter Wildtierarten in Zirkussen und Delfinarien wollen wir ebenso beenden wie den Handel mit Wildtieren. Tierversuche müssen verboten werden. Und wir fordern ein sofortiges Verbot von besonders umweltschädlichen Pflanzen- und Insektengiften.
Freie Demokraten FDP	Für uns Freie Demokraten ist Generationengerechtigkeit sehr wichtig. Deshalb wollen wir die Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen stärken, parlamentarisch verankern und durch eine Generationenbilanzierung ergänzen. Dabei werden Leistungen der Gesellschaft für nachfolgende Generationen den Lasten gegenübergestellt. Wichtige Anliegen sind uns dabei eine generationengerechte Rente und der Abbau staatlicher Schulden, damit künftige Generationen nicht von Steuer- und Beitragszahlungen erdrückt werden.	Wir wollen ein geordnetes Einwanderungsrecht schaffen. Dabei muss zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern klar unterschieden werden. Wir fordern ein neues Integrationsprogramm, das die individuelle Förderung nach persönlichen Bedürfnissen in unterschiedlichen Stufen ermöglicht. Wir treten für verbindliche Integration ein, mit dem Ziel, dass Einwanderer zu Verfassungspatrioten werden und sich mit unserer offenen Gesellschaft identifizieren.	Wir Freie Demokraten wollen eine innovative Kreislaufwirtschaft, die verstärkt auf Müllvermeidung und Recycling setzt. Wir wollen die Meeresverschmutzung bekämpfen, das Grundwasser schützen und die Zukunft der nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft sichern. Die in unserer Regierungszeit auferlegten Bundesprogramme „Biologische Vielfalt“ und „Wiedervernetzung“ planen wir auszubauen, um Lebensräume zu erhalten und zu verbinden. Wir setzen uns für eine artgerechte Tierhaltung und Tierernährung ein.
PIRATEN	Wir wollen - ein allgemeines Wahlrecht ab 14 Jahren, sofern die betreffenden Jugendlichen dies selbständig ausüben - die dauerhafte Verankerung eines Kinder- und Jugendparlaments auf Bundesebene. Die gewählten Jugendlichen und deren Beschlüsse müssen konkreten Einfluss auf laufende Beratungsprozesse im Bundestag haben können. Sie sind mit Rede-, Antrags- und aufschiebendem Vetorecht, welche die Interessen der Kinder und Jugendlichen gegenüber den bei Bundestagswahlen gewählten Mandatsträgern vertreten ausgestattet	Menschen die hier ihren neuen Lebensmittelpunkt haben müssen rechtlich und tatsächlich gleichgestellt werden. Dazu gehören selbstverständlich eine menschenwürdige Unterbringung, vollumfängliche, gesellschaftliche Teilhabe und gleichgestellte Versorgung, sowie der barrierefreie Zugang zum Erlernen der deutschen Sprache.	- Schutz der natürlichen Umwelt vor finanziellen Interessen, Nachhaltigkeit in der Energieversorgung wie überhaupt in allen Politikfeldern. - Tierhaltung in der Landwirtschaft wie überhaupt muss sich an den Bedürfnissen der Tiere orientieren. - Das Verursachen von Angst bei Tieren soll geahndet werden.
SPD	Junge Menschen sollen demokratisch mitentscheiden. Wir wollen das Wahlalter bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre absenken. Damit ermöglichen wir es jungen Menschen, sich früher politisch zu beteiligen – und motivieren sie zugleich, sich noch stärker für ihre Interessen zu engagieren. Zugleich werden wir die politische Bildung auch außerhalb der Schule weiter ausbauen – über die Bundeszentrale für politische Bildung, politische Jugendverbände, freie Träger und andere politische Bildungsangebote.	Wir müssen die Fluchtursachen in den Heimatländern bekämpfen und die Geflüchteten in Europa solidarisch verteilen. Die Integrationsarbeit mit Schutzsuchenden soll in der Erstaufnahme mit Sprachkursen, der Vermittlung unserer Werte und Extremismusprävention beginnen. Die Aussetzung des Familiennachzugs werden wir 2018 nicht verlängern. Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das transparent und verständlich regelt, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern kann und wer nicht.	Uns ist es wichtig, allen Menschen ein Leben in einer gesunden Umwelt zu ermöglichen und unsere Ressourcen für die kommenden Generationen zu schützen. Dafür müssen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgreich fortführen und den Klimawandel konsequent bekämpfen. Um die Menschen spürbar vor Lärm, Schadstoffen und Umweltgiften zu schützen, brauchen wir mehr umweltfreundliche Verkehrsmittel. Und wir wollen eine umweltfreundliche Landwirtschaft, die eine artgerechte Tierhaltung betreibt.

Partei	Was ist Eure größte Kritik an der jetzigen Regierung?	Könnt Ihr der jetzigen Regierung für etwas ein ehrliches Kompliment machen?	Was unterscheidet Euch am meisten von den anderen Parteien?
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Die jetzige Regierung hat in den vergangenen Jahren Geschenke an die eigenen Wählerinnen und Wähler verteilt. Dabei hatten sie nicht das Gesamtwohl und die Zukunft des Landes im Blick. Am deutlichsten wird das in der Umweltpolitik. Statt unsere Klimaziele zu erreichen und die Treibhausgase in Deutschland zu senken, sind sie im letzten Jahr sogar gestiegen. Das gefährdet unsere Zukunft, weil wir keinen Planeten B haben, auf den wir ausweichen können. Deshalb müssen wir hier schnell umsteuern.	Die jetzige Regierung hat im Herbst 2015 eine sehr humane Flüchtlingspolitik gemacht, als sie viele Menschen auf der Flucht unkompliziert in Deutschland aufgenommen hat. Das hätten wir auch so gemacht, denn Menschen in größter Not brauchen unsere Unterstützung. Außerdem hat die jetzige Regierung den Mindestlohn eingeführt und damit für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt gesorgt. Endlich kann nicht mehr jeder Lohn gezahlt werden, sondern es gibt klare Regeln.	Als Partei: Wir sind die Mitmachpartei. Nur bei uns haben die Mitglieder über die Spitzenkandidat*innen für die Bundestagswahl entschieden. Inhaltlich: Nur wir denken die zukünftigen Generationen und die Menschen auf anderen Kontinenten konsequent mit. Wir wollen, dass alle Menschen auf der Erde und nicht nur die Menschen in Deutschland ein gutes Leben haben. Das heißt für uns, dass gute Arbeitsbedingungen und Umweltschutz überall auf der Welt gelten müssen.
CDU	Regieren bedeutet auch Koalitionen zu bilden und Kompromisse zu schließen. Wir hätten gerne noch mehr Zukunftsprojekte umgesetzt, die leider von unserem Koalitionspartner, der SPD, blockiert wurden. Insgesamt steht Deutschland gut da. So gehen zum Beispiel in kaum einem anderen Land so viele junge Menschen zur Schule, sind in Ausbildung oder haben einen Arbeitsplatz.	In unsicheren Zeiten mit Konflikten in Syrien und der Ukraine, einer hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa sowie dem Erstarken populistischer Bewegungen ist Deutschland ein Anker für Frieden, Sicherheit und Wohlstand geblieben. Dazu hat auch die gute Politik der CDU-geführten Bundesregierung beigetragen. Dafür genießt Deutschland weltweit großen Respekt.	Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Unsere Politik stellt den Menschen in den Mittelpunkt und beruht auf den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir vertrauen auf Eure Fähigkeiten, Eure Angelegenheiten selbst zu regeln und Euch für Eure Mitmenschen und die Umwelt einzusetzen. Dafür wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, ohne zu bevormunden oder eine bestimmte Lebensweise vorzuschreiben.
CSU	Ohne die Blockadehaltung der SPD hätten viele Gesetze schneller beschlossen und somit drängende Probleme schneller gelöst werden können. Beispielhaft sei hier die Einstufung der Westbalkan-Staaten als sichere Herkunftsstaaten genannt. Zudem hat sich die SPD lange dagegen gewehrt, Einbrecher mit einem Jahr Gefängnis zu bestrafen.	Wir haben versprochen, keine neuen Schulden zu machen. Das haben wir erreicht, damit gerade die junge Generation künftig nicht über Gebühr belastet wird. In Bayern konnten wir sogar Schulden tilgen. Außerdem haben wir die richtigen Rahmenbedingungen für die niedrigste Arbeitslosenquote seit der Wiedervereinigung gesetzt.	Die CSU ist die einzige Volkspartei in Bayern. Gleichzeitig ist die CSU die einzige Partei, die Bayern und bayerische Interessen auf allen Ebenen - im Land, im Bund und in Europa - vertritt.
DIE LINKE.	Sie hat das Land weiter in Arme und Reiche gespalten und öffentliche Infrastruktur, Gesundheits- und Sozialsysteme kaputt gespart. Kinderarmut, Altersarmut, Niedriglöhne, Wohnungsnot und auf der anderen Seite ein riesiger Reichtum in den Händen weniger - das geht nicht!	Die riesigen Anforderungen, die mit der s.g. Flüchtlingskrise entstanden, hat die Bundesregierung solidarisch und gut gemeistert. Hier ist die Kanzlerin auch konsequent gewesen und hat den Geflüchteten wirklich geholfen, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, die keine Flüchtlinge aufgenommen haben.	Nur mit einer starken LINKEN kann sich wirklich was ändern. Je stärker DIE LINKE, desto mehr Druck für ein soziales Land. Wir bleiben verlässlich. Wir bleiben glaubwürdig bei unseren Themen und fallen nicht um. Wählerinnen und Wähler wissen, woran sie mit uns sind.
Freie Demokraten FDP	Am meisten stört uns, dass die Bundesregierung nicht entschlossen für die Zukunft unseres Landes handelt. Zum Beispiel beim fehlenden Einwanderungsgesetz, der schleppenden Digitalisierung, der zu geringen Bildungsausgaben oder der vielen maroden Straßen. Sie führt stattdessen Symboldebatten und verschärft Gesetze statt mehr Polizeikräfte einzustellen. Die Bürokratie wird immer größer und die Menschen werden bevormundet. Unternehmer werden zu wenig unterstützt und die Steuern immer weiter erhöht.	Es war grundsätzlich eine richtige Entscheidung, Kriegsflüchtlinge aus humanitären Gründen in Deutschland aufzunehmen. Allerdings stieß das Chaos und Organisationsversagen der Behörden bei uns auf großes Unverständnis. Darum brauchen wir hierfür klare Regeln.	Wir glauben an die Potenziale und die Energie jedes Einzelnen und an die Kraft der Freiheit. Jeder Mensch soll faire Chancen haben, sich gemäß der eigenen Talente und Ideen zu entfalten, von eigner Arbeit zu leben und nach eigener Façon glücklich zu werden. Wir setzen nicht auf Gleichmacherei, sondern auf persönliches Engagement und Wettbewerb. Wir verstehen Toleranz, Bildung und wirtschaftliche Vernunft als die drei Säulen des Wachstums.
PIRATEN	Dass sie unter dem Deckmantel vermeintliche Sicherheit herstellen zu wollen, Überwachung unschuldiger Bürgerinnen und Bürger und deren Einschränkung der persönlichen Freiheit immer weiter vorantreibt.	Als Frau Merkel die Grenzen für Flüchtende öffnete, haben sie und die Regierung Mitgefühl bewiesen. Leider ist davon nichts mehr übrig, Geflüchtete werden mittlerweile drangsaliert und als Menschen dritter Klasse behandelt.	Wir wollen eine themenorientierte, faktenbasierte Zusammenarbeit, über Parteigrenzen hinaus. Nur weil eine gute Idee von einer anderen demokratischen Partei kommt, lehnen wir sie nicht ab. Das erwarten wir auch von den anderen demokratischen Parteien.
SPD	Uns macht Sorgen, dass Europa nach 12 Jahren Kanzlerschaft von Angela Merkel in zahlreichen Fragen gespalten ist wie nie. Wir wollen ein Europa, das sich auf das Wesentliche konzentriert und in die Zukunft der Menschen, in gute Jobs und in wettbewerbsfähige Unternehmen investiert. Und es muss wieder gerechter zugehen in unserem Land. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen die Chance auf eine gute Zukunft haben. Das ist für unsere Vorstellung von Gerechtigkeit.	Die SPD hat in der Großen Koalition viele Erfolge erreicht. Ohne uns wär die Erfolgsbilanz dieser Regierung deutlich kleiner. In der Großen Koalition konnte die SPD viel durchsetzen, zum Beispiel den Mindestlohn, die Rente ohne Abschläge nach 45 Versicherungsjahren und Verbesserungen für Alleinerziehende. Wir wollen bei der Bundestagswahl im September stärkste Partei werden, damit wir noch viel mehr von unserem Programm durchsetzen können.	Die SPD steht wie keine andere Partei für Gerechtigkeit, Zukunft und die europäische Idee. Unser Ziel ist es, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen – damit der Wohlstand bei allen ankommt. Wir wollen kräftig in die Zukunft investieren, damit auch unsere Kinder und Enkelkinder in Deutschland noch gut leben können. Und wir werden Europa wieder stark machen. Denn das geeinte Europa ist für mehr als 500 Millionen Menschen das Versprechen auf ein Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

Partei	Wie sollen Eure Ideen und Reformen finanziert werden?	Mit welcher/n Partei/en würdet Ihr am ehesten zusammenarbeiten und warum?	Was wollt Ihr jungen Wähler_innen mit auf den Weg geben?
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Jeder und jede soll einen fairen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten – starke Schultern wollen wir stärker in die Pflicht nehmen als schwache. Außerdem haben wir zahlreiche Möglichkeiten aufgezeigt, das vorhandene Geld sinnvoller auszugeben. Momentan existieren Subventionen von über 50 Mrd. Euro, die der Umwelt nachhaltig Schaden zufügen. Diese wollen wir Schritt für Schritt abbauen, damit nicht mehr die Umweltzerstörung, sondern der Umweltschutz finanziert wird.	Wir treten natürlich in erster Linie für starke Grüne an. Aber zum Regieren brauchen wir eine Mehrheit im Parlament. Diese würden wir gerne zusammen mit der SPD erreichen. Mit ihr haben wir von 1998 bis 2005 in der Bundesregierung sehr gut zusammengearbeitet und machen das auch derzeit in vielen Bundesländern. Uns verbinden die Ziele von mehr sozialer Gerechtigkeit, einem vereinten Europa und einer starken Demokratie für alle Menschen. Auf keinen Fall arbeiten wir mit der AfD zusammen.	Wir wünschen Euch viel Glück und Erfolg im Leben. Was genau das für Euch bedeutet und wie ihr das erreichen wollt, wisst nur ihr. Da mischen wir uns nicht ein. Wir wollen politisch die Grundlagen legen, so dass ihr selbstbestimmte Entscheidungen treffen könnt, damit Eure Träume Wirklichkeit werden. Und sollte doch mal was schief gehen, dann setzen wir uns für eine Gesellschaft ein, die Menschen auffängt und auch in schwierigen Zeiten nicht fallen lässt, sondern eine neue Chance gibt.
CDU	Wir werden nur Ideen vorschlagen, die wir finanzieren können. Dafür werden wir weder Steuern erhöhen noch neue Schulden machen. Durch unsere erfolgreiche Politik geht es vielen Menschen in Deutschland besser: Immer mehr Menschen haben Arbeit. Löhne und Renten steigen. Das führt auch dazu, dass mehr Geld in die Staatskassen fließt. Das werden wir nutzen, um vor allem mehr in Bildung, Forschung und Infrastruktur zu investieren, Steuern zu senken und Schulden zu tilgen.	Wir wollen mit Angela Merkel weiterhin die Bundeskanzlerin stellen und bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 wieder stärkste Kraft werden. Wir stehen allen demokratischen Parteien gegenüber für Gespräche offen, um zu prüfen, mit wem wir am ehesten unsere politischen Vorstellungen umsetzen können. Ganz klar ist für uns: eine Zusammenarbeit mit der Alternative für Deutschland (AfD) und der Linken ist ausgeschlossen.	Wir brauchen Euch! Ihr seid die Zukunft unseres Landes und eines freien, demokratischen und wirtschaftlichen stabiles Europas. Engagiert Euch, bringt Eure Interessen und Ideen ein. Arbeitet mit uns für verlässliche Rahmenbedingungen, damit Deutschland auch in Zukunft das Land ist, in dem Ihr gerne leben möchtet.
CSU	Wir haben Rekordsteuereinnahmen. Davon wollen wir den Bürgern etwas zurückgeben. Auch nach der Wahl wird es mit uns keine Steuererhöhungen geben. Stattdessen werden wir zum einen Steuerentlastungen beschließen, junge Familien stärker fördern und in wichtige Projekte wie die Digitalisierung noch mehr investieren.	Die CSU kämpft dafür, dass die Union nach der Wahl wieder mit Abstand stärkste Kraft im Bund wird. Nach der Wahl sind wir mit allen demokratischen Parteien zu Gesprächen bereit, die unsere Ziele teilen.	Mischt Euch ein! Entscheidungen, die heute getroffen werden, begleiten Euch zum Teil das ganze Leben. Wir wollen für Euch optimale Startvoraussetzungen, z.B. durch beste Bildung, sichere Arbeitsplätze und starken Zusammenhalt in der Gesellschaft. Bayern wird 2030 schuldenfrei sein. Das eröffnet Euch neue Spielräume für die Zukunft!
DIE LINKE.	Wir werden Reiche in die Verantwortung nehmen: eine Reichensteuer von 60% ab 260.000 €, 75% ab 1 Mio. € Monatseinkommen wäre nur gerecht. Und eine Vermögensteuer von 5% oberhalb 1 Millionen € würde allein 80 Milliarden zusätzliche Einnahmen für soziale Projekte schaffen. Und selbstverständlich sind die Rüstungsausgaben drastisch zu senken.	Wenn wir einen Kompromiss mit der SPD und noch viel mehr mit den Grünen, die in vielen Fragen noch sehr viel konservativer als die SPD ist, in zentralen Fragen wie Sozial-, Finanz- und Außenpolitik hinbekommen würden, scheitert eine Rot-Rot-Grüne Regierung nicht an uns. Aber wir haben immer gesagt, wir unterstützen eine Regierung nur dann, wenn sie unsere Kernforderungen umsetzt: einen wirklicher Mindestlohn, Reichensteuer, Rentenerhöhungen, keine Kriegseinsätze, Verbot von Waffenexporten, deutliche Mehrausgaben für Bildung, deutliche Änderungen bei Hartz IV...	Es lohnt sich, für Veränderungen in der Gesellschaft einzutreten. Viele engagieren sich für Geflüchtete, arbeiten in Vereinen, stehen gegen Rassismus und Hass auf. Wir Alle können etwas tun. Bei der Wahl könnt ihr jene Partei unterstützen, die zu euren politischen Zielen und der Art und Weise, wie ihr zusammenleben wollt, passt. Wir treten für eine solidarische, friedliche, sozial gerechte, bunte und offene Gesellschaft ein.
Freie Demokraten FDP	Wir Freie Demokraten wollen, dass der Staat sich wieder auf seine Kernaufgaben konzentriert und überflüssige Ausgaben streicht. Wir wollen eine Subventionsbremse für den Bundeshaushalt einführen und die staatlichen Subventionen überprüfen. Denn sie nützen oft nur wenigen und schaden dem Gemeinwohl. Zugleich müssen in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen Haushalte und soziale Sicherungssysteme für die Zukunft fit gemacht und die Bürgerinnen und Bürger entlastet werden.	Wir sind grundsätzlich bereit, mit allen demokratischen Parteien Gespräche zu führen. Uns ist es vor allem wichtig, dass unsere Wählerinnen und Wähler bei einer Zusammenarbeit eine liberale Handschrift vorfinden. Wir werden nur mit Parteien zusammenarbeiten, die unsere Prinzipien kennen und akzeptieren. Uns ist es wichtig, nicht ein Mehrheitsbeschaffer zu sein, sondern etwas zu bewegen	Jeder Mensch hat ein Recht auf Mitbestimmung der Entwicklung unserer Gesellschaft. Wir sehen ein Land voller Kraft und Gestaltungswillen. Ein Land, das platzt vor Ideen. Wir ermutigen daher jeden, sich zu beteiligen, unsere Zukunft mitzugestalten, seine Träume zu verwirklichen und seine Ideale zu verteidigen. Dazu gehört es auch wählen zu gehen. Wir leben in einem offenen, freiheitsliebenden Land des gegenseitigen Respekts, in dem jeder durch Leistung die gleichen Aufstiegschancen verdient hat.
PIRATEN	- Bessere personelle und materielle Ausstattung der Finanzämter, bringt bei 1000 Neueinstellungen über € 1,4 Mrd. - Abbau der Kosten für die Verwaltung von Hartz4 mit Einführung eines so genannten Bedingungslosen Grundeinkommens, bringt im Ergebnis über € 5 Mrd. - Legalisierung und lizenzierter Verkauf von Cannabis, Einkünfte und Einsparungen lassen sich nur erahnen - Einführung einer Finanztransaktionssteuer von 0,1% auf Wertpapier- u. Devisengeschäfte, bringt zwischen € 18 und 44 Mrd. - Einführung einer Wertschöpfungssteuer auf Gewinne aus wegfallenden Arbeitsplätzen - Wiedereinführung einer Vermögenssteuer bei Einkünften über € 1 Mio.	Wir können uns eine themenorientierte, faktenbasierte Zusammenarbeit mit allen an das Wohl der Menschen orientierten Parteien vorstellen.	Geht nicht nur wählen, sondern verschafft eurer Meinung auch durch aktives Mitwirken Gehör. Wo es möglich ist, solltet ihr euch beteiligen, z.B. in Schülervertretungen, Jugendräten, Kinder- und Jugendparlamenten. Oder auch in Parteien. Ihr seid nicht nur die Zukunft, ihr solltet sie auch gestalten.
SPD	Zum einen wollen wir eine gerechte Beteiligung vermögender Bürgerinnen und Bürger an der Finanzierung unserer Gesellschaft. Das geht nur, wenn z.B. sehr hohe Erbschaften entsprechend besteuert werden. Wichtig ist uns die Bekämpfung von Steuerbetrug. Wir wollen keine Steuervermeidung und Gewinnverlagerung ins Ausland. Wir wollen die Steuervermeidungspraktiken großer Konzerne unterbinden, aber auch keinen ruinösen Steuerwettbewerb innerhalb Europas.	Wir führen keinen Koalitionswahlkampf. Wir wollen stärkste Partei werden. Und wer nach der Wahl mit uns regieren möchte, ist herzlich eingeladen, auf uns zuzukommen – mit Ausnahme der AfD.	Wahlen und Wahlkämpfe sind Festtage der Demokratie. Dieses Grundverständnis wollen wir erneuern und die repräsentative Demokratie gegen die pauschale Kritik von rechts mit Leidenschaft verteidigen. Dabei seid Ihr als jüngere Wähler/innen besonders gefragt. Nur wer wählen geht, kann demokratisch mitentscheiden. Eure Stimme zählt!

U18-Bundeskoordinierungsstelle
c/o Deutscher Bundesjugendring
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
info@u18.org
www.u18.org

Um für diese Aufstellung angefragt zu werden, mussten die Parteien bei der U18-Bundestagswahl im Jahre 2013 mehr als fünf Prozent der Stimmen erhalten haben und/oder bei der Sonntagsfrage in der Gesamtbevölkerung (Stichtag 30. April 2017) über fünf Prozent liegen. Alle entsprechenden Parteien wurden am 15. Mai 2017 per E-Mail kontaktiert: Bündnis 90/Die Grünen, CDU, CSU, Die Linke, FDP, Piratenpartei und SPD (mit Bezug auf die Ergebnisse von U18), sowie die AfD (am 30. April über fünf Prozent). Als einzige Partei hat die AfD in den vier Wochen nach unserer ersten Anfrage und trotz erneuter Aufforderung zur Kontaktaufnahme keine Antworten geschickt. Sie ist deswegen nicht mit ihren Ansichten vertreten.

Gefördert durch:
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
bpb: Bundeszentrale für politische Bildung